schule" soeben erscheinen läßt, erhöhte Bedeutung zu. Gauamtsleiter Arthur Göpfert, der Leiter des sächsischen Ministeriums für Volksbildung, hat der Schrift ein Geleitwort vorangestellt. Er betont darin, daß die Veröffentlichung keinen amtlichen Charakter trage, sondern einen Versuch darstelle, den Begriff der Musterschule zu klären. Die Vorschläge, die darin gemacht werden, seien nichts Endgültiges, dienten vielmehr dazu, die angeschnittenen Fragen zur Erörterung freizugeben und durch eigene Ueberlegung und Mitarbeit zu vertiefen. Das große Ziel aber, das die Schrift zu verwirklichen helfen will, ist, durch einen „Leistungskampf der sächsischen Schulen" Sachsen zum Lande der Musterschulen zu machen. Damit ist gemeint, daß die sächsischen Schulen in jeder Weise, sowohl hinsichtlich der Haltung und Leistung ihrer Erzieher wie ihrer Schüler und Schülerinnen, als auch hinsichtlich der Gebäude und deren Ausstattung vorbildlich sein sollen. Es sind also vielgestaltige Aufgaben, die gelöst werden sollen. Aber letzten Endes handelt es sich doch nur um die eine Forderung, die nationalsozialistische Schule zu schaffen, die hier auf sächsischem Boden zuerst ihre Verwirklichung und Vollendung finden soll.

Was ist eine Musterschule, und auf welche Weise soll sie gebildet werden? Die erwähnte Denkschrift nennt als erste Voraussetzung: Haltung und Gesinnung, bei Erziehern wie bei Schülern. Vom Lehrer, auch von dem an einer Mädchenschule, wird verlangt, daß er ein soldatisch-straffes, innerlich disziplviniertes und zuchtvolles Wesen offenbart, von der Lehrerin, daß sie von gesunder, frischer, fraulich-mütterlicher Art ist; denn am Vorbild entzündet sich das Streben der Jugend nach eigener Formung: der soldatische Mann als Erzieher erzieht zu soldatisch-ritterlicher Haltung, die mütterliche Frau als Erzieherin zu mütterlicher Art. Die männliche Jugend muß straff, hart, frisch und sicher, die weibliche Jugend anmutig, beherrscht, aufrecht und natürlich sein, so wie der Führer das Idealbild künftiger deutscher Jugend sieht. „Nicht die Eitelkeit auf schöne Kleider, die sich nicht jeder kaufen kann", schreibt Adolf Hitler in seinem Buch, „sondern die Eitelkeit auf einen schönen, wohlgeformten Körper" gelte es zu pflegen. Daraus ergibt sich die Forderung, der körperlichen Erziehung der Jugend noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, noch mehr Zeit zur Verfügung zu stellen. Die Freiluftserziehung soll aus pädagogischen wie gesundheitlichen Gründen gefördert werden, und im Rahmen eines alljährlich wiederkehrenden Wettbewerbs bei Lehrern und Schülern der Ansporn zur Leistungssteigerung auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung gestärkt und gefördert werden. Mit gleicher Entschiedenheit aber bekennt sich die Denkschrift zu der Notwendigkeit, auch auf geistigem Gebiet zu einer Leistungssteigerung zu gelangen, um damit eine der Voraussetzungen der Leistungsüberlegenheit der deutschen Nation im Kampf um Geltung und Freiheit zu schaffen. Ueber allem Stoff freilich habe die Erziehung zu stehen, deren Ziel es ist, den gesamten Unterricht mit nationalsozialistischem Geist zu durchdringen. Eine Musterschule ist deshalb die Schule, in der der gesamte Unterricht weltanschaulich einheitlich ausgerichtet ist. Anstatt Gedächtniswissen vermittelt sie Erkenntnis. Jedes „Kuviel" lehnt sie ab; sie dient dem lebendigen Wissen, das allein den Willen zur Tat anzutreiben vermag. Daraus ergibt sich auch die Stellung der nationalsozialistischen Musterschule zu den einzelnen Unterrichtsfächern: im Vordergrund steht der Geschichtsunterricht, nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck, aus der Geschichte zu lernen und jenes Maß geschichtlichen Einblicks zu vermitteln, das für den Schüler notwendig ist, um später selbst zu einer eigenen Stellungnahme in den politischen Fragen seines Volkes und der Welt zu gelangen. Dabei wird die neueste Geschichte und die Geschichte der Bewegung ganz besondere Beachtung finden. Das gilt ebenso für die Vererbungslehre und die Rassenkunde, das andere Kerngebiet nationalsozialistischer Erziehung. Vom Lehrer wird auch im Hinblick auf diese, für einen großen Teil der Erzieherschaft neuen Unterrichtsfächer höchste wissenschaftliche Leistung, Gründlichkeit und Zuverlässigkeit verlangt, gepaart mit der Beherrschung der neuen Grundsätze der Unterrichtsmethoden.

Neben allen anderen Unterrichtsfächern — von denen als neuartig noch Geopolitik (im Sinne einer an die Stelle der hergebrachten Länderkunde tretenden nationalen Lebensraumkunde) wie Luftfahrtlehre genannt seien — wird nun in den sächsischen Musterschulen als eine der wichtigsten Aufgaben des Deutschunterrichts die Sprachbildung und Sprecherziehung treten. Das Ziel lautet: Kein Kind darf die Schule verlassen, ohne die Befähigung erlangt zu haben, in den Grenzen seiner Anlagen die hochdeutsche Sprache im schriftlichen und mündlichen Gebrauche zu beherrschen. Sächsische Schulen sollen Schulen der Sprachzucht werden. Sprachfaulheit und Sprachnachlässigkeit haben in ihr keine Stätte mehr. Der Kampf wird nicht der bodenständigen Mundart, sondern der Sprachentartung, der Sprachverzerrung, jenem Gassenwitzmasch der Großstädte gelten, der gemeinhin als „sächsischer Dialekt" bezeichnet zu werden pflegt und um dessentwillen der Sachse im Reich auf Kosten seiner Achtung und Geltung lächerlich gemacht wird. Die Frucht dieses Kampfes soll von der Volksschule bis zur Hochschule reichen. In sie einbezogen sind natürlich auch und vor allem die Lehrer selbst, die künftig bei ihrer Bewerbung um ein Amt vor ihrer Zulassung zum Probe- und Vorbereitungsdienst auf Haltung und Sprache überprüft werden sollen. Es wird darauf gesehen werden, daß künftig nur solche Erzieher in das Amt gelangen, die den strengsten Anforderungen genügen; ebenso sollen die Aufsichtsbehörden veranlaßt werden, bei allen bereits im Amte befindlichen Erziehern dauernd und unnachsichtlich die äußere und die sprachliche Haltung zu beobachten. Das Kind seinerseits wird dazu angehalten werden, auch außerhalb der Schule einwandfrei zu sprechen — ein Auftrag, der sich gleichzeitig an die Eltern richtet, wie sich die nationalsozialistische Schule überhaupt zum Ziel gesetzt hat, in gemeinsamer Arbeit auch die Eltern mitzuerziehen, wo es nottut. Im übrigen ist die Sprachbildung nur ein Teilgebiet der in der sächsischen Musterschule mit besonderem Eifer zu betreibenden Erziehung zu Heimatliebe und Heimatstolz. Denn so selbstverständlich es war, daß „Sachsen" auch bisher im Unterricht „behandelt" wurde, so sehr fehlte es doch oft an einer klaren Zielsetzung. Absicht der sächsischen Musterschulen ist es, die Jugend erkennen zu lassen, daß der sächsische Stamm in der deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft ein nicht weniger wertvolles Glied ist, als die anderen Stämme auch sind, und daß wir stolz darauf sind, Sachsen zu sein. Die Mittel, die dem Lehrer zur Verfügung stehen, um dieses Erziehungsziel zu erreichen, sind Legion.

Es liegt auf der Hand, daß die Pflege des sächsischen Volkstums ein besonderes Wesensmerkmal der sächsischen Schule sein und bleiben muß. Dem Anspruch, den die sächsischen Schulen als Musterschulen erheben, wird damit kein Abbruch getan, ebensowenig wie damit etwa dem glücklich überwundenen Partikularismus das Wort geredet wird. Im bodenständigen, im naturgegebenen Volkstum liegen aber letzten Endes die Wurzeln aller nationalen Kraft. Wenn die sächsische Schule das sächsische Volkstum pflegt und schützt, erfüllt sie daher einen Dienst an Deutschland, und die allgemein gültige Forderung, die sich daraus ergibt, lautet, daß auch die Schulen der anderen deutschen Gaue dementsprechend ihr Heimatgefühl stärken sollen, um dadurch die große deutsche Vaterlandsliebe zu erwecken. Andere Forderungen der sächsischen Musterschule wieder lassen sich ohne weiteres auf die deutsche, nationalsozialistische Schule übertragen. Sie verlangen — um auch der umfangreichen Denkschrift nur noch einige Punkte zu erwähnen — eine möglichst enge Gemeinschaft zwischen Lehrer und Schülern als die beste Erziehungsform; den Wegfall der stufenmäßigen Rangordnung der Schüler und an deren Stelle die Wertung der Gesamtpersönlichkeit, wobei den zu erkennenden Führerpersönlichkeiten „Aemter" in der Klassengemeinschaft zu erteilen sind; eine staatliche Begabtenförderung über die bisher fast allein übliche Form der Gewährung von Schulgeldermäßigung oder Erziehungsbeihilfen hinaus; eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus, die in regelmäßigen kurzfristigen Zusammenkünften der Eltern einer Schulklasse unter der Führung des Klassenlehrers ihre Verwirklichung findet, und schließlich einen tadellosen Zustand der Schulgebäude, wobei im Hinblick auf dringende andere staatliche Aufgaben nicht Neubauten, sondern Verbesserungen und Verschönerungen der vorhandenen Bauten angestrebt werden.

Der Leistungskampf der sächsischen Schulen ist auf lange Sicht berechnet. Man wird so vorgehen, daß zunächst in jedem Schulaufsichtsbezirk eine Musterschule eingerichtet wird. An ihr sollen sich alle übrigen Schulen des Bezirks ausrichten. Nur die Musterschulen sollen in Zukunft ein Anrecht darauf haben, nach dem Namen einer Persönlichkeit genannt zu werden. Die Ernennung wird eine Auszeichnung für den Schulleiter wie für die gesamte Erzieherschaft der betreffenden Schule sein, aus der dann wiederum die Anwärter auf Rektorenposten für alle anderen Schulen hervorgehen; die Tüchtigsten von ihnen werden Leiter der Musterschulen. So ist ein System geschaffen, das — weit über die bloß reklamehafte Bevorzugung einzelner Prachtstücke hinausgehend — das gesamte Erziehungswesen durchdringt. Daß es der reichen Erfahrung sächsischer Schulmänner entsprungen ist und als Vorbild für die deutsche nationalsozialistische Schule zuerst auf sächsischem Boden verwirklicht werden soll, erfüllt uns nicht nur mit Stolz, sondern gibt der sächsischen Elternschaft auch die Gewähr, daß ihre Kinder zu tüchtigen Gliedern der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft erzogen werden. An ihr liegt es, ihr Teil dazu beizutragen.

Der Schatzkanzler begründet Englands Riesenrüstung

Aufrüstungsaussprache im Unterhaus - Reichen 18 Milliarden Mark noch nicht aus?

London, 17. Februar.

Das englische Unterhaus trat am Mittwoch für die auf zwei Tage berechnete große Aussprache über die Ausgaben für die Aufrüstung zusammen. Nach der üblichen Fragezeit erhob sich Schatzkanzler Neville Chamberlain, um den Antrag der Regierung zu begründen. Er begann seine Ausführungen mit der Feststellung, er stimme dem Führer der Opposition zu, wenn dieser vor einer Woche den Plan, 400 Millionen Pfund in einem Jahre für die Verteidigung aufzulegen, als einen beispiellosen Vorgang in Friedenszeiten bezeichnet habe. Die Rechtfertigung für sein Vorgehen liege in den beispiellosen Umständen der Gegenwart, die Großbritannien diese ungeheuren Ausgaben aufgezwungen hätten. Für Großbritannien sei es absolut wesentlich, daß es in der Heimat und längs seiner Verbindungswege mit den neuesten Abwehrwaffen ausgerüstet sei.

Selbst die Zahl von 1,5 Milliarde Pfund Sterling (etwa 18 Milliarden Reichsmark) für die Rüstungen der nächsten Jahre könne nicht als endgültig angesehen werden. Wenn die Umstände sich ändern sollten, so daß Großbritannien sein Programm vermindern könnte, so werde das um so besser sein. Auf der anderen Seite müsse man berücksichtigen, daß sich die Umstände geändert hätten, seitdem Großbritannien dieses Programm zum ersten Male erwogen hätte, und es könnte sehr wohl sein, daß es sich wiederum zu seinem Nachteil ändern könnte. Es könnte sein, daß die 1,5 Milliarde schließlich nicht die Gesamtsumme darstellen, die das Land für diese Zwecke ausgeben müsse.

Wenn man das Programm der Regierung angreife und behaupte, daß es zu weit gehe oder verfrüht sei, so dürfe man die Kritiker fragen, wo es dann geringer sein könnte. Er fordere die Opposition auf, auch nur einen der im Weißbuch aufgezählten Punkte zu nennen, der fortgelassen werden könne? (Beifall auf den Regierungsbänken.)

Der arbeiterparteiliche Abgeordnete Henderson unterbrach den Schatzkanzler an dieser Stelle und fragte, ob die Opposition nicht das Recht habe, zu wissen, ob Großbritannien seine Schlachten auf eigene Faust oder im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit schlagen werde. Neville Chamberlain erwiderte, er glaube nicht, daß es im öffentlichen Interesse läge, wenn man eine Theorie aufstelle, gegen wen England kämpfen werde oder wer in einem solchen Falle Verbündeter Großbritanniens sein würde. „Unsere Pläne sind nicht gegen eine besondere Macht oder eine Gruppe von Mächten gerichtet. Aber es ist die Pflicht der Regierung, ein wohlerwogenes Programm vorzulegen, das für die Sicherheit und die Durchführung unserer Politik notwendig ist. Wenn die Opposition das Programm angreift, muß sie erklären, wo man es kürzen kann!"

Der Schatzkanzler wandte sich hierauf gegen die Forderung der Opposition, daß die gesamten Rüstungsausgaben durch Steuern gedeckt werden müßten. Die nationale Regierung sei in der Lage, 400 Millionen Pfund ohne Gefahr zu leihen, weil sie die Staatsfinanzen geordnet habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Schatzkanzler Neville Chamberlain die Behauptung des Oppositionsführers Attlee, daß der Regierungsplan im wesentlichen eine Kriegsmaßnahme darstelle, zurück. Aus Erfahrung wisse man aber, daß Englands Einfluß mit seiner Stärke zu- und abnehme. Niemand, und am wenigsten der Schatzkanzler, könne das Anwachsen der Lasten ohne Gefühle des Unbehagens sehen. Zur Zeit jedoch könne man nur die Zähne zusammenbeißen und mit den Maßnahmen fortschreiten, auf die man nicht verzichten könne.

Die Opposition lehnt ab

Nach Neville Chamberlain ergriff der frühere Minister Pethick Lawrence für die Opposition das Wort. Er erklärte, daß die finanziellen Vorschläge der Regierung beispiellos und so ungeheuerlich seien, daß sie die Opposition zu einem direkten Angriff auf die Regierung zwängen. Er halte die Neuerungen, die in der Finanzgebarung des Landes eingeführt werden, für unzulässig und glaube, daß sie die schwersten Folgen für das Wohlergehen des britischen Volkes haben würden. Das Weißbuch sei eine tragische Farce. Der Völkerbund werde mit keinem Wort erwähnt und auch nicht die kollektive Sicherheit. Es handle sich bei dem Regierungsplan um eine Kriegsmaßnahme mitten im Frieden.

Die Fraktion der Labour Party trat im Unterhaus vor der Aussprache über die Rüstungsanleihe zusammen und beschloß, die geplanten Ausgaben der Regierung für die Aufrüstungszwecke abzulehnen.

Ungarns größtes Kohlenbergwerk stillgelegt

Die Fünfkirchener Grubenleitung kommt bolschewistischen Streikhetzern zuvor

Budapest, 17. Februar.

Die Fünfkirchener Kohlengruben, das größte Bergwerk Ungarns, wurden am Mittwochvormittag stillgelegt. Die Direktion des Bergwerks sperrte die Einfahrt in die Schächte für die gesamte Belegschaft von 4100 Mann. Sie erklärt, sie habe sich zu dieser plötzlichen, durchgreifenden Maßnahme zur Abwehr gegen die Pläne fremder, bolschewistischer Streikhetzer gezwungen gesehen.

Vor zwei Wochen hatte die Belegschaft unter Hinweis auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Lohnerhöhung gefordert. Die Direktion hatte sich grundsätzlich zu einer allgemeinen Lohnerhöhung bereit erklärt und dies auch der Regierung und den maßgebenden Stellen mitgeteilt. In den letzten Tagen stellte die Direktion jedoch fest, daß fremde, kommunistische Agenten sich in die einzelnen Schächte eingeschmuggelt hatten und eine große bolschewistische Hetze betrieben. Insbesondere versuchten sie, einen Generalstreik unter Tage durchzusetzen. Es bestand daher die Gefahr, daß die Opfer der gewissenlosen Pläne in den nächsten Tagen in die Schächte einfahren, aber nicht wieder ausfahren würden. Vor drei Jahren schon ist den bolschewistischen Streikhetzern ein solcher Anschlag geglückt. Die Verhetzten wurden, nachdem sie tagelang ohne Nahrung im Schacht geblieben waren, völlig erschöpft und halbtot zutage gefördert. Aus diesem Grunde sah sich daher die Direktion veranlaßt, die Einfahrt der gesamten Belegschaft in die Schächte vorläufig auf unbefristete Zeit zu sperren. Der Vorfall zeigt erneut, daß die von Moskau dirigierten Unruhestifter vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihre dunklen Pläne zu verwirklichen. Während sie nach außen hin großsprecherisch verkünden, die Arbeiterklasse aus einem unwürdigen Zustand befreien zu wollen, stürzen sie in Wirklichkeit die unglücklichen Verführten in namenloses Elend.

Belgien begrüßt die Erklärungen des Führers

Brüssel, 17. Februar.

In der belgischen Kammer wurde am Mittwoch die außenpolitische Aussprache abgeschlossen. Zum Schluß stellt Außenminister Spaak eine längere Rede, in der er sich mit der Sicherheitsfrage im Westen beschäftigte. Dabei ging er auch auf die Rede des Führers vom 30. Januar ein. Er erklärte hierzu, daß die belgische Regierung mit wirklicher Genugtuung von den Ausführungen des Reichskanzlers Hitler Kenntnis genommen habe. Sie erblicke darin, was Belgien angehe, die Bekundung eines Geisteszustandes, der die Möglichkeit einer Vereinbarung in Aussicht stelle.

Empfänge beim Reichsaußenminister

Berlin, 17. Februar.

Am 15. und 17. Februar haben der Reichsminister des Auswärtigen und Freifrau von Neurath zwei Abendempfänge im Haus des Reichspräsidenten veranstaltet. Die in Berlin akkreditierten Botschafter und Gesandten sowie die Angehörigen der fremden Missionen, Mitglieder der Reichsregierung, führende Persönlichkeiten von Partei und Staat, Vertreter der Wehrmacht und die Mitglieder des Auswärtigen Amtes mit ihren Damen hatten der Einladung Folge geleistet.

Der Eisenbahnvertrag mit der Tschechoslowakei

Berlin, 17. Februar.

Im Reichsgesetzblatt ist gestern der deutsch-tschechoslowakische Vertrag veröffentlicht worden, der die Verhältnisse der über die deutsch-tschechische Grenze führenden Eisenbahnlinien regelt. Die Verhandlungen, die zu dem Abschluß des jetzt von beiden Seiten ratifizierten Vertrages geführt haben, gehen bis auf das Jahr 1920 zurück. Nach dem Versailler Vertrag waren alle Staatsverträge, die seinerzeit das Deutsche Reich mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossen hatte, ungültig geworden, mithin auch die Regelung der Bahnübergänge in den Grenzgebieten. Da es zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei nicht weniger als 34 Uebergänge gibt, deren wichtigste auf tschechischem Gebiet liegen — vor allem Eger, Bodenbach-Teitschen und Oberberg — und die Bahnhöfe, in die die deutschen Reichsbahnen einmünden, zum Teil 20 bis 30 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt liegen, waren die Verhandlungen ebenso schwierig wie politisch bedeutsam.

Durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag ist im wesentlichen die Regelung erhalten geblieben, die vor dem Kriege Gültigkeit hatte. Die deutschen Strecken, die in auf tschechischem Boden liegende Bahnhöfe einmünden, sind der Reichsbahn erhalten geblieben. Lediglich die verhältnismäßig unbedeutende eingleisige Strecke von Reichenberg bis zur deutschen Grenze soll der Tschechoslowakei übertragen werden. Auf dem Bahnhof Eger wird der Güterverkehr ebenso wie alle Sonderdienste von der Reichsbahn besorgt, während die tschechoslowakischen Bahnen den Personenverkehr wahrnehmen.

Schweres Einsturzunglück in San Francisko

Baugerüst der längsten Brücke der Welt stürzte ein

San Franzisko, 17. Februar.

Am Nordende der Brücke über das Goldene Tor in San Franzisko, der längsten Hängebrücke der Welt, ereignete sich am Mittwoch ein schweres Unglück. Das Baugerüst der ihrer Vollendung entgegengehenden Brücke stürzte ein, durchschlug das Sicherheitsnetz und stürzte etwa 70 Meter tief in das Wasser des Hafens ab. Eine größere Anzahl von Arbeitern, die sich auf dem Gerüst befanden, wurde von der starken Strömung ins offene Meer hinausgetrieben. Man befürchtet, daß mindestens zehn Mann ertrunken sind.

Dr. Ley mit seinen italienischen Gästen in Nürnberg. Am Mittwoch traf Dr. Ley mit seinen Gästen auf dem Nürnberger Flughafen ein. Das Reichsparteitagsgelände wurde besichtigt.

Reichsminister Dr. Frank und seiner Frau wurde ein Sohn geboren. Er ist das vierte Kind und wird den Namen Hans Michael erhalten.

Oesterreichs Finanzminister in Rom. Finanzminister Dr. Neumayer ist in Begleitung von zwei hohen Beamten am Mittwoch nach Rom gereist, um dort an der Jahressitzung des Kontrollkomitees der die Völkerbundsanleihen garantierenden Staaten teilzunehmen.

Sachsingen